

Meldungen

zusammengestellt von Dirk Geilen und Thomas Bärthlein

Frauengesetz erneut verschoben

Die Reservierung von 33 Prozent aller Parlamentssitze ('Lok Sabha' und 'State Assemblies') für Frauen - ein Projekt, das bereits die letzten Regierungen vor sich herschoben - ist am 13. Juli wieder geplatzt. Nachdem bereits im Vorfeld Widerstand gegen die Einführung des Gesetzes laut geworden war, kam es am Tag der parlamentarischen Abstimmung zu tumultartigen Szenen. Einige Oppositionsparteien, unter ihnen die 'Samajwadi Party' und die 'Rashtriya Janata Dal', behinderten den parlamentarischen Ablauf. Unterstützt von ihren Parteiführern Mulayam Singh Yadav sowie Laloo Prasad Yadav bedrängten einzelne Abgeordnete den Justizminister Thambi Durai, entwendeten den Gesetzentwurf und zerrissen ihn wie auch Papiere des 'Lok Sabha'-Sprechers. Im Laufe des entstehenden Handgemenges blieb G.M.C. Balayogi ('Telugu Desam Party') keine andere Wahl, als die Parlamentssitzung zu vertagen. Er verkündete, daß das Gesetz erst bei einem sich abzeichnenden Konsens erneut auf die Tagesordnung gesetzt würde, um einen ähnlichen Tumult im Unterhaus zu vermeiden. Der Premierminister A.B. Vajpayee (BJP) bezeichnete das Verhalten einzelner Parlamentarier als "schändlich" und die Sitzung als einen "schwarzen Tag für die Demokratie".

Der Widerstand einiger Oppositionsparteien gegen das Gesetz beruht auf

der Tatsache, daß Interessen der 'Other Backward Classes' (OBC) und anderer Minderheiten - wie der Muslime - unberücksichtigt blieben: Sie fordern daher eine entsprechende Reservierung innerhalb der Frauenquote. Abgeordnete von Parteien, die sich auf Wähler aus niedrigen Kasten stützen, betrachten die Frauenquote als einen Trick, um die höheren Kasten zu privilegieren. Die Diskussion wurde dabei nicht immer besonders sachlich geführt: So erklärte beispielsweise Mulayam Singh Yadav, die Erfahrungen mit Frauenquoten in Lokalparlamenten ('Panchayats') zeige, daß die Parlamentarierinnen immer noch von ihren Männern gesteuert würden. Den Fall Bihar, wo sein politischer Freund Laloo mittels seiner Ehefrau Rabri Devi die Regierungsgeschäfte führt, verschwieg er hingegen geflüstert.

Die 'Congress'-Partei, welche sich bisher der ursprünglichen Gesetzesfassung angeschlossen hatte, will ihre Position nun überdenken. Ungewohnte Einigkeit herrscht währenddessen in der Parteiführung der BJP und bei den Linksparteien. Die 'Communist Party of India' (CPI-M) forderte alle Parteien die, sich ursprünglich für die Einführung der Frauenquote ausgesprochen haben, auf, daß Gesetz schnellstmöglich zu implementieren.

Die wankelmütige und zögerliche Haltung des 'Congress' sowie der BJP-Hinterbänker gibt der Vermutung Nahrung,

daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Parlamentariern dem Gesetz mit Skepsis begegnen. So bangen die männlichen Abgeordneten um ihre Pfründe, sollten ihre Wahlkreise - dem Rotationsprinzip entsprechend - von einer Frau vertreten werden. Parlamentarierinnen aller Fraktionen zeigten sich empört über die Verschiebung. Gegenwärtig sind acht Prozent der Abgeordneten in der 'Lok Sabha' Frauen.

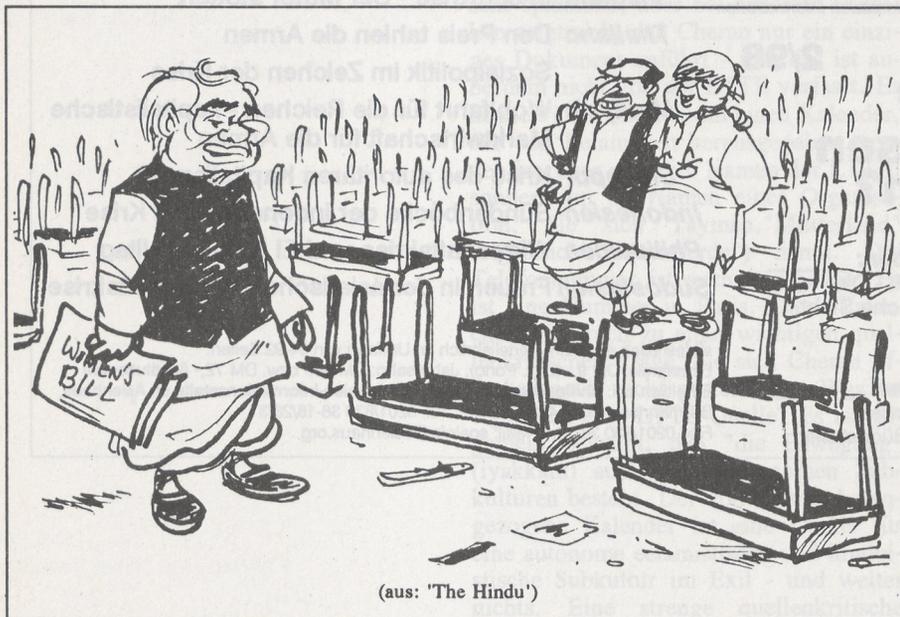
Auch außerhalb der 'Lok Sabha' wird Kritik geübt. Muslimische Frauen bezeichneten auf einer Pressekonferenz in Delhi das Verhalten der Abgeordneten als Hinhaltenakt: Sie betonten, daß für sie die Frauenquote im Mittelpunkt stehe; an einer speziellen Reservierung hingegen seien sie nicht interessiert.

Neue "Front" vereint Mitte-Links-Parteien

Die charismatischen Führer der nordindischen Parteien 'Samajwadi Party', Mulayam Singh Yadav, und 'Rashtriya Janata Dal', Laloo Prasad Yadav, haben mit der Gründung der 'Nationalen Demokratischen Front' ('Rashtriya Loktantrik Morcha') im Juni eine Art Nachfolgeorganisation für die alte, am Niedergang des 'Janata Dal' endgültig zerbrochene 'United Front' ins Leben gerufen. Die beiden traditionellen Rivalen riefen die säkularen Parteien zur Einheit auf, um die BJP-Regierung zu stürzen. Auch der ehemalige Premierminister Chandra Shekhar schloß sich ihnen an und forderte den 'Congress' auf, aus den Streitereien in der Regierungskoalition Kapital zu schlagen und eine neue Regierungskoalition gegen die BJP zu schmieden. 'Congress'-Präsidentin Sonia Gandhi zeigte sich jedoch abgeneigt, da die prekären Mehrheitsverhältnisse ein Zusammengehen mit komplizierten Bündnispartnern verlangen würden - wie etwa der Tamilin Jayalalitha, unter der die BJP seit ihrem Regierungsantritt zu leiden hat.

Cauvery-Disput vorerst beigelegt

Der seit nunmehr Jahrzehnten schwelende und bisweilen auch von Gewalt begleitete Konflikt um das Wasser des Cauvery scheint vorerst beigelegt. In einem nur zweitägigen Treffen unter Vorsitz des Premierministers A.B. Vajpayee Anfang August konnten sich die Ministerpräsidenten der Anrainer-



(aus: 'The Hindu')

staaten auf einen Kompromißvorschlag zur Verteilung der Wassermengen des südindischen Flusses einigen. Begünstigt wurde das Abkommen zwischen Tamil Nadu, Karnataka, Kerala und Pondicherry durch die in den letzten Jahren üppig gefallenen Monsunniederschläge, welche es Karnataka leicht machten, ausreichende Wassermengen an die Flußanrainer am Unterlauf freizugeben.

Der Konflikt um die Wasserverteilung des Cauvery kann bis in das letzte Jahrhundert zurückverfolgt werden. Bereits das damalige unabhängige Fürstentum von Mysore mußte beim Ausbau seiner Bewässerungsanlagen und Staudämme die Genehmigung der Kolonialregierung in Madras einholen. Noch heute ist Tamil Nadu in großem Maße vom Wasser des Cauvery abhängig. Dieser ist der einzige ganzjährig wasserführende Fluß des südindischen Bundesstaates und nicht zuletzt für den ausgedehnten Reis-anbau im Mündungsdelta von größter Wichtigkeit.

Besonders die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu prägten den Konflikt um die Wasserverteilung, bei dem dann Anfang der neunziger Jahre die Zentralregierung um Vermittlung angerufen wurde. Auf Initiative Delhis wurde im Juni 1990 der 'Cauvery Water Disputes Tribunal' (CWDT) mit der Aufgabe betraut, durch Verordnungen die Wasserzuteilung zu regulieren. Karnataka weigerte sich jedoch beharrlich, Entscheidungen des CWDT anzuerkennen, geschweige denn umzusetzen. Eine bereits im letzten Jahr gestartete Initiative des damaligen Premiers I.K. Gujral fand nun auch die Zustimmung Karnatakas. Oberste Instanz bei Streitfragen ist demnach ein Gremium, das sich aus den Ministerpräsidenten der Anrainerstaaten sowie dem Premierminister zusammensetzt. Fachlich beraten wird es von einem Ausschuß ('Monitoring Committee'), der sich aus Experten der Region rekrutiert.

Die vermeintliche Lösung des politisch brisanten Themas 'Cauvery' stieß jedoch nicht überall auf Zustimmung. Besonders die in Tamil Nadu in der Opposition befindlichen Parteien kritisierten das Abkommen auf das Schärfste und warfen dem Ministerpräsidenten des Bundesstaates einen Ausverkauf tamilischer Interessen vor.

Politisch brisant ist diese Konstellation auch deshalb, da die führende Oppositionspartei AIADMK, unter ihrer Vorsitzenden Jayalalitha, Koalitionspartner in der Zentralregierung ist. Schon seit geraumer Zeit fordert sie von der Regierungspartei BJP die Absetzung der Landesregierung in Chennai. Der nun u.a. zwischen Vajpayee und Karunanidhi ausgehandelte Kompromiß um das

Wasser des Cauvery wird von der AIADMK als Affront gegen diese Forderung verstanden. Die ohnehin äußerst angespannte Situation zwischen der BJP und ihrem wichtigsten Koalitionspartner AIADMK sieht sich somit neuerlichen Spannungen ausgesetzt.

Ob der Konflikt um das Wasser des Cauvery endgültig entschärft ist, bleibt abzuwarten. Entscheidungen des obersten Gremiums jedenfalls können nur einstimmig gefällt werden.

Streit um neue Bundesstaaten

Die Einrichtung neuer Bundesstaaten, von der Regierung Vajpayee kurz nach ihrem Antritt angekündigt, stößt nun doch auf größere Schwierigkeiten. Im Fall des geplanten Staates 'Uttaranchal', der die Bergregionen im Nordwesten Uttar Pradeshs einschließen soll, gibt es Streit um den Distrikt Udham Singh Nagar, der geographisch bereits zur Terai-Ebene gehört, aber eigentlich trotzdem Teil Uttaranchals werden sollte. Die Bevölkerung fürchtet, von den 'Hill people' im neuen Staat majorisiert zu werden, und die Großgrundbesitzer sind wegen der strikteren Obergrenzen für Landbe-

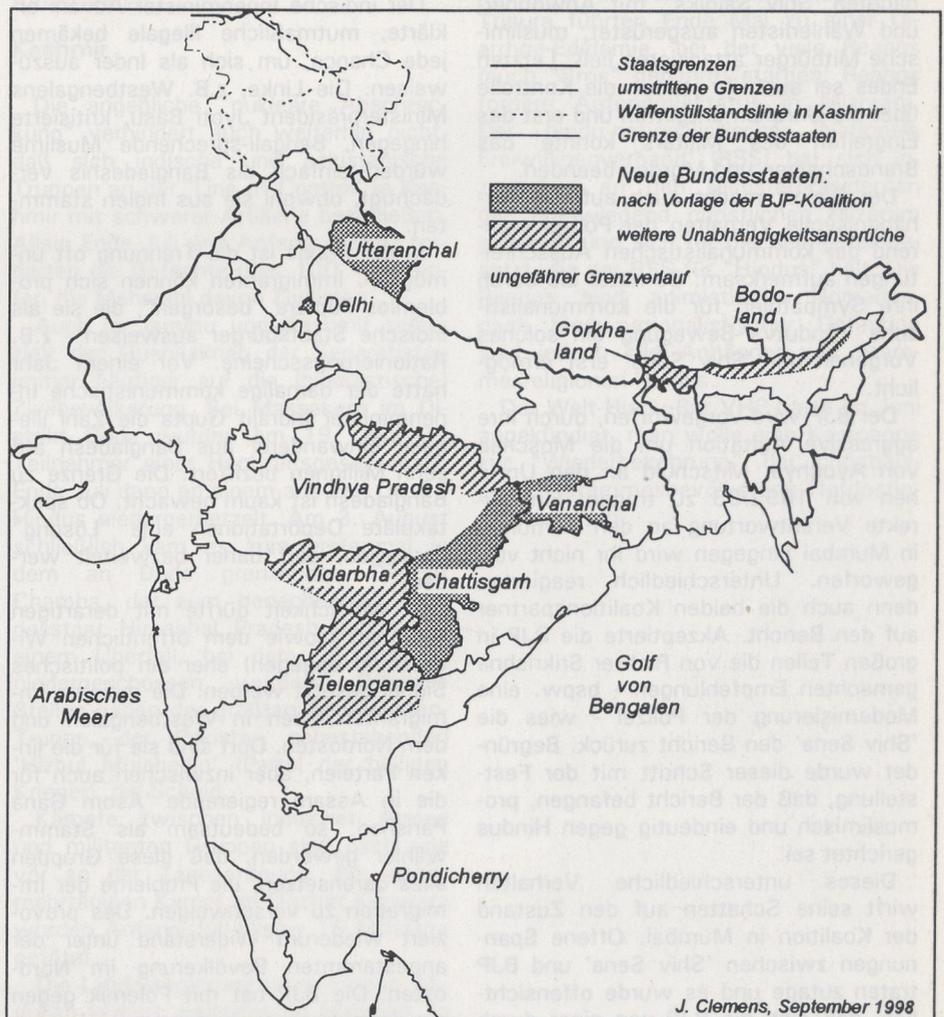
sitz in Bergregionen dagegen.

'Vananchal' im Süden Bihars droht, mit Bodenschätzen und Industrie dem Armenhaus Indiens seinen letzten Reichtum zu entziehen. Bihars Politiker fordern finanzielle Entschädigung dafür.

Delhi soll mittlerweile ebenfalls in den Rang eines Bundesstaates erhoben werden. Das 'Union Territory' könnte dann aber Privilegien verlieren, die ihm bisher einen Sonderstatus sichert. In Zeiten katastrophaler Stromversorgung scheinen weitere Verschlechterungen auf diesem Gebiet für die Hauptstädter nicht hinnehmbar. Außerdem ist unklar, welcher Teil Neu-Delhis als Regierungssitz (vergleichbar Washington D.C.) weiterhin unter Zentralverwaltung stehen soll.

Die geplante Abspaltung von 'Vidarbha' im Osten von Maharashtra hat die dort gemeinsam mit der BJP regierende 'Shiv Sena' bereits zu verhindern gewußt.

Damit bleibt nur 'Chattisgarh' im Osten von Madhya Pradesh ein relativ unproblematischer Kandidat; und natürlich entstehen laufend neue Forderungen nach einem Staat Pondicherry, Gorkhaland, Bodoland usw.



J. Clemens, September 1998

'Shiv Sena' belastet

Ein Bericht über die Hintergründe der Unruhen in Mumbai um die Jahreswende 1992/93 belastet die Regierungspartei 'Shiv Sena' und ihren Parteiführer Bal Thackeray schwer. Der Bericht der Srikrishna-Kommission - benannt nach ihrem Vorsitzendem, dem Richter B.N. Srikrishna, - wirft der 'Shiv Sena' vor, die Unruhen generalstabsmäßig geplant und den Tod und die Vertreibung von muslimischen Bewohnern der Stadt bewußt in Kauf genommen zu haben.

Ausgangspunkt der Unruhen in der Millionenstadt war das Schleifen der Moschee in Ayodhya am 6. Dezember 1992. In der Folge kam es in Mumbai zu Vergeltungstaten einzelner Muslime. Diese Gewaltaktionen nahmen radikale Hindus zum Anlaß, um massiv gegen die religiöse Minderheit vorzugehen. Nach Angaben der Untersuchungskommission spielte die 'Shiv Sena' dabei eine zentrale Rolle, indem sie einerseits über ihre Publikationen und über Massenveranstaltungen eine anti-muslimische Stimmung schürte und andererseits ihre "Parteisoldaten", die sogenannten 'Shiv Sainiks', mit Anwohner- und Wählerlisten ausgerüstet, muslimische Mitbürger attackieren ließ. Letzten Endes sei auch ihr jedoch die Kontrolle über die Unruhen entglitten und erst das Eingreifen des Militärs konnte das Brandschatzen und Morden beenden.

Der Report macht auch auf das verhängnisvolle Verhalten der Polizei während der kommunalistischen Ausschreitungen aufmerksam. So hätte sie durch ihre Sympathien für die kommunalistische 'Hindutva'-Bewegung ein solches Vorgehen der 'Shiv Sena' erst ermöglicht.

Der BJP wird vorgeworfen, durch ihre aggressive Agitation um die Moschee von Ayodhya, Mitschuld an den Unruhen von 1992/93 zu tragen. Eine direkte Verantwortung an den Tumulten in Mumbai hingegen wird ihr nicht vorgeworfen. Unterschiedlich reagierten denn auch die beiden Koalitionspartner auf den Bericht. Akzeptierte die BJP in großen Teilen die von Richter Srikrishna gemachten Empfehlungen - bspw. eine Modernisierung der Polizei - wies die 'Shiv Sena' den Bericht zurück. Begründet wurde dieser Schritt mit der Feststellung, daß der Bericht befangen, promuslimisch und eindeutig gegen Hindus gerichtet sei.

Dieses unterschiedliche Verhalten wirft seine Schatten auf den Zustand der Koalition in Mumbai. Offene Spannungen zwischen 'Shiv Sena' und BJP traten zutage und es wurde offensichtlich, daß sich die BJP von einer durch Thackeray wiederbelebten aggressiven

kommunalistischen Massenmobilisierung zu distanzieren sucht. Wenn der schon seit längerem erkennbare Entfremdungsprozeß anhält, dürfte sich auch der 'Congress' wieder Hoffnungen machen, seine einstige Hochburg zurückzuerobern. Bisher hielt sich der 'Congress' in Fragen des Srikrishna-Reports zurück - denn auch der 1992/93 in der Regierungsverantwortung befindlichen Partei werden massive Versäumnisse im Krisenmanagement vorgeworfen.

Mumbai: Kampagne gegen illegale Immigranten aus Bangladesh

Deportationen von Bangladeshis aus Maharashtra haben Proteste der Oppositionsparteien ausgelöst. Am 23. Juli befreite ein Landtagsabgeordneter des 'Forward Bloc', ein Partner in Westbengalens Linksfrentregierung, mit Tausenden von Unterstützern Gefangene aus einem Zug. Sie waren auf dem Weg zur Abschiebung durch Westbengalen gekommen. Am folgenden Tag verhinderte gar die Polizei Westbengalens selbst eine Abschiebung, um weiteren Tumulten vorzubeugen.

Der indische Innenminister Advani erklärte, mutmaßliche Illegale bekämen jede Chance, um sich als Inder auszuweisen. Die Linke, z.B. Westbengalens Ministerpräsident Jyoti Basu, kritisierte hingegen, Bengali-sprechende Muslime würden einfach als Bangladeshis verdächtigt, obwohl sie aus Indien stammten.

In der Praxis ist die Trennung oft unmöglich. Immigranten können sich problemlos Papiere "besorgen", die sie als indische Staatsbürger ausweisen - z.B. Rationierungsscheine. Vor einem Jahr hatte der damalige kommunistische Innenminister Indrajit Gupta die Zahl illegaler Einwanderer aus Bangladesh auf zehn Millionen beziffert. Die Grenze zu Bangladesh ist kaum bewacht. Ob spektakuläre Deportationen eine "Lösung" darstellen, darf daher bezweifelt werden.

In Wirklichkeit dürfte mit derartigen Aktionen (sowie dem öffentlichen Widerstand dagegen) eher ein politisches Signal gesetzt werden: Die meisten Immigranten leben in Westbengalen und dem Nordosten. Dort sind sie für die linken Parteien, aber inzwischen auch für die in Assam regierende 'Asom Gana Parishad' so bedeutsam als Stammwähler geworden, daß diese Gruppen alles daransetzen, die Probleme der Immigration zu verschweigen. Das provoziert wiederum Widerstand unter der angestammten Bevölkerung im Nordosten. Die BJP hat mit Polemik gegen die Immigranten in Assam und auch Westbengalen Stimmen gewonnen. Ver-

treibungsaktionen hat die Partei in Delhi bereits 1994 durchgeführt; auch in Mumbai (Bombay), wo die Bangladeshis eine wichtige Rolle als Weber und in der Sari-Herstellung spielen, scheint die mit der BJP verbündete 'Shiv Sena' auf den populistischen Effekt ihrer Maßnahmen zu setzen: Als jüngst der Monsun für Überschwemmungen sorgte, gab der Bürgermeister von Mumbai den Bangladeshis die Schuld, die mit ihrem Schmutz die Rinnsteine verstopften.

Große Demonstration gegen die WTO in Delhi

Am 17. September fand in Delhi eine Großdemonstration gegen die Welthandelsorganisation (WTO) statt, an der über 100.000 Menschen teilnahmen. Organisiert wurde die Veranstaltung von JAFIP, dem 'Joint Action Forum of Indian People against WTO and Anti-People-Policies', eine Organisation, die vor wenigen Monaten in Hyderabad bereits eine ähnliche Veranstaltung durchgeführt hatte. Unterstützt wurde die Aktion einerseits von Vertretern verschiedener Graswurzelorganisationen als Repräsentanten der Massen und andererseits durch Solidaritätserklärungen von Intellektuellen. Bei der abschließenden Erklärung hieß es, daß der Imperialismus heute in einer ernsthaften Krise stecke, den dieser dadurch zu überwinden suche, indem er den Menschen der Staaten des Südens zusätzliche Lasten aufzubürden versuche. Dabei bediene sich der Norden nicht nur der hergebrachten Instrumentarien Weltbank und Internationaler Währungsfonds, sondern auch neuerer Einrichtungen, wie der WTO. Gerade letztere erweise sich als geeignetes Medium, die Interessen der Industrienationen durchzusetzen. Indiens Beitritt zur WTO zeitige fürchterliche Konsequenzen nicht nur für die Landwirtschaft, die Industrie und den tertiären Sektor, sondern auch für das soziokulturelle Leben des Landes. So habe etwa der Abbau staatlicher Subventionen insbesondere die Preise für Düngemittel und Saatgut in die Höhe schnellen lassen und ähnliches sei für Energiepreise durch den Verkauf der vormals staatlich betriebenen Energiegewinnungsanlagen an internationale Konsortien zu beobachten. Für die Bauern habe dies eine massive Verschuldung zur Folge, der sich viele nur durch Selbstmord zu entziehen wüßten. Unterdessen leiste der Staat keinerlei Unterstützung, um die solcherart in Not geratene ländliche Bevölkerung zu unterstützen. Statt weiterhin Lebensmittel staatlicherseits zu subventionieren und die einheimische Landwirtschaft zu fördern, werden jährlich Millionen von Rupien für den Import von Nahrungsmitteln ausgegeben. De

facto etablierte die Regierung eine Anti-Bauern-Politik und verschleie die Möglichkeit einer auf die Eigenversorgung abzielenden landwirtschaftlichen Entwicklung. Ferner habe die Regierung offensichtlich keinerlei Interesse an der Umsetzung einer Landreform. Landlose, Klein- und Mittelbauern erführen auch weiterhin keine Unterstützung, deren Situation verschlechterte sich stattdessen weiter und die zunehmende Chancenlosigkeit, im landwirtschaftlichen Bereich Arbeit zu finden, führe zur massenhaften Abwanderung in die Städte. Gleichmaßen verlaufe das Schicksal der seit langem benachteiligten Adivasi, die im Zuge von Walderhaltungsprogrammen, von Dammbauten oder der Errichtung großer Stahlhütten oder Elektrizitätswerke als "Opfer der nationalen Entwicklung" nicht nur ihre Siedlungsräume verlören, sondern in ihrer kulturellen Identität und Existenz massiv bedroht seien. Selbst im industriellen Sektor seien im Zuge der Liberalisierung und Globalisierung sowie der Dominanz internationalen Kapitals ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Hunderttausende verlören auch in diesem Wirtschaftssektor ihren Arbeitsplatz. Ein weiterer Problembereich sei etwa die Fischerei. Mit der Zusage der Regierung, daß fremde Fangschiffe in indischen Gewässern fischen könnten, werde die Existenzgrundlage hunderttausender Fischer im Land zerstört. Auch im Telekommunikationssektor habe sich die indische Regierung, wie auch die herrschende Klasse des Landes dem Imperialismus gebeugt und ihnen Handlungsfreiheit ohne jegliche sozialpolitische Restriktionen zugesichert. In einer solchen Situation sei es nur natürlich, daß sich Widerstand unter den benachteiligten Bauern, Landarbeitern und Adivasis rege. Daher entstünden derzeit in verschiedenen Regionen Indiens Widerstandsbewegungen gegen die WTO. Leider aber entbehrten die verschiedenen Widerstandsbewegungen bislang einer gemeinsamen Konzeption und Koordination, die ihre Schlagkraft erhöhen würde. Um eben dies zu erreichen, sei JAFIP am 19. März 1998 in Bangalore gegründet worden. Unter diesem Dach seien bereits 55 Organisationen vertreten und man engagiere sich weiter für deren Machtzuwachs.

Historiker-Streit in Delhi

Massive Umbesetzungen im 'Indian Council of Historical Research' (ICHR), der wichtigsten staatlichen Behörde, die historische Forschung fördert, haben zu einem Aufschrei innerhalb der Linken geführt. Unter den neuen Mitgliedern des ICHR dominieren hindu-nationalistische Historiker, die etwa im Streit um

die Babri-Moschee Position bezogen hatten, indem sie als Archäologen die Existenz eines Ram-Tempels in Ayodhya "bewiesen".

Marxistische HistorikerInnen, wie etwa Romila Thapar, Sumit Sarkar und Irfan Habib haben über Jahrzehnte eine sehr starke, wenn nicht dominante Stellung in der indischen Geschichtswissenschaft eingenommen.

Eine Umwälzung des herrschenden Geschichtsbildes ist offenbar ein zentrales Anliegen für die BJP-Regierung. Hochkarätige BJP-Politiker besetzen die kulturpolitisch wichtigen Ministerien für Bildung und Wissenschaft ('Human Resource Development') - Murli Manohar Joshi - und Kultur - Uma Bharati. Aus dem BJP-regierten Uttar Pradesh wurde berichtet, daß staatlich geförderte Schulen in den Geschichtsprüfungen Fragen stellen wie: "Wann zerstörte Babur einen Tempel und baute die Babri Masjid?" Oder: "Warum wird Mulayam Singh Yadav der Ravan der modernen Zeit genannt?" (Ravan ist der Feind Rams im Epos; Mulayam Singh hatte als Ministerpräsident Uttar Pradeshs auf fanatische Hindus schießen lassen, die zum Sturm auf die Babri-Moschee angetreten waren.)

Kashmir

Die angebliche "nukleare Abschreckung" verhindert auch weiterhin nicht, daß sich indische und pakistanische Truppen an der 'Line of Control' in Kashmir mit schwerer Artillerie beschießen. Allein Ende Juli und Anfang August forderten die Gefechte über 100 Todesopfer, die Mehrzahl davon Zivilisten.

Auch in Jammu und Kashmir selber zielt der Guerillakrieg der Separatisten immer häufiger auf die (hinduistische) Zivilbevölkerung. Bei Massakern im Distrikt Doda wurden am 19. Juni 25 Teilnehmer einer Hochzeitsgesellschaft, Ende Juli dann an einem anderen Ort 22 Hindus niedergemetzelt. Am 3. August schließlich kam es zum erstenmal in dem an Doda grenzenden Distrikt Chamba, der zum benachbarten Bundesstaat Himachal Pradesh gehört, zu einem Überfall, bei dem 26 Arbeiter niedergeschossen wurden. Offizielle Stellen gaben der größten Separatisten-Truppe, der Pakistan nahestehenden 'Hizbul Mujahedin' (Partei der heiligen Krieger), die Schuld.

Kämpfe zwischen indischer Armee und militanten Gruppen sind nach wie vor an der Tagesordnung. Bei einem mehrtägigen Kampf im Distrikt Kupwara wurden Anfang Juli alleine 16 Militante getötet.

Die Landesregierung unter Farooq Abdullah verliert weiterhin an Rückhalt. In einem Gespräch mit Indiens Innenmini-

ster Advani forderten Chefs der Renegaten-Milizen, ehemaliger Militanter, die seit 1994 auf seiten der indischen Militärs kämpfen, 'Presidents Rule' über Kashmir zu verhängen. Berichten der Zeitschrift 'Frontline' (Chennai) zufolge, wächst unter den Milizen der Unmut; denn sie warten bis heute auf die von der Regierung versprochenen Rehabilitationsmaßnahmen. Darüber hinaus sind sie besonderer Aufmerksamkeit der verbliebenen Militanten sicher.

Der 'Congress' und andere Oppositionelle in Kashmir wiederum kritisieren Abdullahs kompromißlose Haltung gegenüber den Separatisten. Möglicherweise mit Blick auf die Unterstützer der separatistischen 'Hurriyat Conference' als mögliche Wähler, haben 'Congress'-Politiker in letzter Zeit wiederholt Übergriffe der Sicherheitskräfte beklagt.

Schwierige Bedingungen für Reang-Flüchtlinge aus Mizoram

Die Zahl der Reang-Flüchtlinge, die aus dem nordöstlichen Bundesstaat Mizoram nach Tripura und Assam geflohen sind (siehe auch 'Südasiens', 7-8/97), ist auf 42.000 angewachsen. Sanitäre Probleme in den Flüchtlingslagern in Tripura führten Ende Mai zu einer Diarrhoe-Epidemie, bei der viele Reangs (auch "Brus" genannt) starben. Reangs fordern Autonomiestatus in Mizoram. Der hindu-nationalistische 'Nationale Freiwilligenverband' (RSS) hat sich inzwischen an den Ministerpräsidenten des überwiegend christlichen Mizoram gewandt und sich für die Reangs eingesetzt, die der RSS für "Hindus" hält. Die Reangs sind animistische Nomaden, nach hindu-nationalistischer Definition sind jedoch alle Anhänger von Stammesreligionen Hindus.

Der Welt-Hindu-Rat VHP hatte im Juni angekündigt, man wolle eine Kampagne zur "Wiederbekehrung" der christianisierten Stammesbevölkerung Nordostindiens starten.